



Es ist Wahlkampf.

Aber wofür wird eigentlich gekämpft?

Ist Euch etwas aufgefallen?

Ist Euch ein Wahlplakat aufgefallen, bei dem ihr dachtet: „Wow! Mutig!“

Dabei wäre es so einfach gewesen!

Die Chance in diesem Wahlkampf wäre gewesen, zu sagen:

„Wir verstehen Eure Sorgen! Wir haben verstanden was Euch Angst macht, was Euch belastet. Wir werden uns mit aller Kraft darum kümmern.“

Ich verstehe nicht, warum sich die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien diese Gelegenheit entgehen lassen.

Die Themen, um die es in der Politik geht, betreffen manchmal kleinere, manchmal größere Gruppen von Menschen.

Beim Thema Gasausstieg, sind es ca. die Hälfte der Menschen, die in Braunschweig leben.

Etwa 50% der Haushalte in Braunschweig heizen heute noch mit Erdgas. Die einen – Eigentümerinnen und Eigentümer – die können sich überlegen eine Wärmepumpe einzubauen.

Wer das nicht kann, sind Mieterinnen und Mieter. Und während die Lebenshaltungskosten seit Jahren steigen und steigen, steigen nun auch die Gaspreise.

Also haben wir von GermanZero gefragt, wie in Braunschweig der Gasausstieg gelingen kann, und zwar sozial gerecht.

Die Antworten, die wir bekommen haben, haben uns nicht überzeugt:

„Da müssen wir erstmal die bundeseinheitlichen Regelungen abwarten.“

Oder: „Kommunalpolitik kann nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten wirken.“

Oder: „Wir haben mit der Kommunalen Wärmeplanung in Braunschweig ein sehr gutes Instrument.“

Oder: „inzwischen hat BS Energy ja einen Transformationsplan.“

Aber die Frage, wie genau der Umstieg auf erneuerbare Energien in der Wärmeerzeugung aussieht, ist damit nicht geklärt.





Denn weder die Kommunale Wärmeplanung noch der Transformationsplan von BS Energy enthalten Pläne oder Vorschläge zur Gasnetzstilllegung.

Das sogenannte "Gaspaket" - die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes - soll durch sogenannte "Verteilernetzentwicklungspläne für Gas und Wasserstoff" erstmals ermöglichen, dass neue Netzanschlüsse verweigert werden können und dass bestehende Netze vollständig oder teilweise stillgelegt werden, mit langen Ankündigungsfristen von 10 Jahren.

Das Gesetzesvorhaben zieht sich seit 2025 hin, eine Verabschiedung steht immer noch aus, könnte aber im Herbst erfolgen.

Die Bundesregierung muss endlich Planungssicherheit für die Wärmewende vor Ort schaffen und das Gaspaket verabschieden.

Bei den meisten Vertreter:innen der Parteien fehlt hier allerdings wichtiges Hintergrundwissen. Oder auch der Wille, sich damit zu beschäftigen, ich weiß es nicht.

Und wenn so ein Gesetz absehbar ist, dann könnte man sich doch auch schon mal damit beschäftigen und zumindest die Planung der Gasnetzstilllegung beginnen, statt immer weiter wertvolle Zeit zu verlieren.

Ein weiterer Punkt ist die Fernwärme:

Fernwärme wird als Alternative zum Gas hoch gelobt, allerdings ist BS Energy immer noch weit davon entfernt, Fernwärme CO₂ neutral zu erzeugen. Es gibt auch keine konkreten Pläne, wie das zur Wärme- und Stromgewinnung genutzte Erdgas durch erneuerbare Energien ersetzt werden soll.

BS Energy verkauft sich gerne als „Treiber der Energiewende“. Für uns entsteht allerdings der Eindruck, dass BS Energy den Gasausstieg bewusst hinauszögert.

Denen ist es egal, ob sie Erdgas oder Wärmepumpen verkaufen.

Wir befürchten, dass BS Energy auf Zeit spielt und den Fall einkalkuliert, dass die Bundesgesetzgebung sich dahingehend ändern könnte, den Verkauf von Erdgas auch nach 2045 zu erlauben. Dies könnte geschehen, wenn die Energiewende nicht schnell genug voranschreitet und dann mit dem Argument der „Versorgungssicherheit“ die Klimaziele aufgeweicht werden.

Bisher orientiert sich BS Energy ausschließlich an der Bundesgesetzgebung. Die Ziele des IKS 2.0 (nämlich Klimaneutralität bis möglichst 2030) wurden bisher weder von BS Energy selbst anvisiert, noch von Politik oder Verwaltung eingefordert.





Insbesondere die Oberbürgermeister-Kandidaten von SPD und CDU haben sich zu diesem Thema bisher nicht öffentlich geäußert.

Es ist nicht akzeptabel, dass Dr. Kornblum als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender von BS Energy sich dieser Verantwortung entzieht.

Und weil das Thema gesellschaftlich außerordentlich hohe Konfliktpotenziale birgt, durch hohe finanzielle Belastungen und durch große Verunsicherung hinsichtlich der Versorgungssicherheit, wünschen wir uns als German Zero Braunschweig klare, transparente und richtungsweisende Kommunikation aus der Politik und nicht nur aus der Verwaltung. Hier ist mehr erforderlich als ein Verweis auf die städtische Internetseite.

Wir fordern, klare Maßnahmen zu benennen, die Mieter:innen wirklich vor explodierenden Kosten schützen.

Wir sehen hier eine große und leicht umzusetzende Chance, sich für relevante Belange der Bevölkerung in Braunschweig einzusetzen. In Zeiten größter Politikverdrossenheit ist es umso notwendiger, hier ein positives und lokales Zeichen zu setzen, um dem Rechtsruck entgegenzuwirken.

Ich wünsche mir, dass der nächste Oberbürgermeister in dieser Stadt das erkennt, handelt und nicht stattdessen schöne Reden schwingt.

Und an alle von Euch, die am 13.9. wählen geht: überlegt, wem ihr das am ehesten zutraut, diese Verantwortung zu übernehmen.

